



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Jakob-Kaiser-Haus
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Tel: (05 11) 16 74 303 (9:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email:
matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 3. Juli 2015

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten Wochen sind viele Dinge passiert, so dass ich vor der sitzungsfreien Zeit des Parlaments in der Sommerpause in dieser Persönlichen Erklärung meine Sicht auf verschiedene Entscheidungen wieder direkt vermitteln möchte. Gleichzeitig gehe ich fest davon aus, dass der Deutsche Bundestag aufgrund der Situation in Griechenland während der Sommerpause zusammentreten wird, so dass ich dann ggfs. erneut berichte.

1. Eine neue Aufgabe

Am Dienstag hat mich die Parlamentarische Linke in geheimer Wahl mit 60 von 60 Stimmen zum Sprecher als Nachfolger von Carsten Sieling gewählt, der hoffentlich am 15. Juli 2015 zum neuen Bremer Bürgermeister gewählt wird. Die Parlamentarische Linke hat in der 193 köpfigen SPD-Bundestagsfraktion 90 Mitglieder. Es ist ein riesiger Vertrauensbeweis und gibt mir künftig hoffentlich noch mehr Möglichkeiten, wichtige Impulse im Rahmen der Fraktionsarbeit und auch über den Tellerrand der Alltagspolitik hinaus, zu setzen.

2. Griechenland

In den letzten Jahren habe ich mehrfach meine Entscheidungen zu Finanzhilfen für Griechenland begründet. Zuletzt hatte ich die Hoffnung geäußert, dass die neue griechische Regierung im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen, endlich wichtige Reformen ergreift. Leider ist das nicht geschehen. Auch die Art der Ankündigung und Form des Referendums lassen mich stark zweifeln. Gleichzeitig habe ich auch Zweifel, ob die europäischen Institutionen ihre Fehler der Vergangenheit ausreichend reflektiert haben. Das gilt z.B. für fehlende Wachstumsimpulse, soziale Härten bei den Armen und auch eine angemessene Berücksichtigung der erdrückenden Schuldenlast. Insofern kann ich die Talkshows „nicht mehr sehen“, in denen sich sogenannte „Experten“ die Köpfe heiß reden. Es fehlt mir eine seriöse Perspektive auf beiden Seiten. Letztlich geht es nicht nur um Griechenland, sondern um Europa und auch um geopolitische Fragestellungen. Blaupausen existieren nicht, und die vertraglichen Beziehungen in der EU und in der Euro-Zone lassen auch keine schnellen Lösungen erwarten. Deshalb hoffe ich, dass das Referendum oder der entsprechende Versuch



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

zumindest dazu beitragen, dass ab kommender Woche wieder sachlich und zielorientiert verhandelt wird. Ich gehe davon aus, dass der Deutsche Bundestag dann in der Sommerpause über entsprechende Ergebnisse beraten wird und will deshalb an dieser Stelle nicht weiter spekulieren.

3. Vorratsdatenspeicherung

Der SPD-Unterbezirk hat sich - wie viele Gliederungen - eindeutig gegen die Vorratsdatenspeicherung positioniert. Ich sehe in der anlasslosen und flächendeckenden Speicherungsanordnung durch den Staat einen nicht hinnehmbaren Paradigmenwechsel. Es ist allgemein anerkannt, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht präventiv wirkt. Schon gar nicht verhindert sie Terroranschläge oder organisierte Schwerstkriminalität. Ich fürchte, dass wir eine Tür aufstoßen, die wir nicht mehr schließen können. Die möglichen Erfolge in einigen Ermittlungsverfahren rechtfertigen nach meiner Einschätzung nicht die flächendeckende Anordnung ohne bestimmten Grund. Auf dem SPD-Parteikonvent wurde das Thema sehr sachlich und fair diskutiert. Das Abstimmungsergebnis war denkbar knapp, obwohl sogar einige mit der Regierungsfähigkeit argumentiert haben. Ich habe im Parteivorstand und auch auf dem Konvent gegen die Vorratsdatenspeicherung aus den oben genannten Gründen gestimmt. Ich wünsche mir sehr, dass künftig alle Repräsentanten der Partei das hohe Gut einer breiten inhaltlichen Diskussion in den Gliederungen erkennen und Sachentscheidungen nicht mit der Frage der Regierungsfähigkeit oder mit Personalfragen verknüpfen. Parteidemokratie lebt von der sachlichen Auseinandersetzung! Der Bundestag wird sich im Herbst dann abschließend mit der Frage beschäftigen. Sicher wird es auch eine Anhörung geben. Ich werde dann wieder berichten.

4. Erdkabel / SuedLink

Die Parteispitzen von CDU, CSU und SPD haben sich darauf verständigt, beim sogenannten SuedLink nun der Erdverkabelung den Vorrang vor der Freileitung zu geben. Ich habe seit Monaten mit den Bürgerinitiativen für diesen Vorrang gekämpft, so dass ich mich wirklich freue. Akzeptanz ist ein hohes Gut, und ich bin mir sicher, dass diese durch die Entscheidung deutlich gesteigert werden kann. Bezieht man „gesparte“ Auseinandersetzungen, den Erhalt des Landschaftsbildes und die stetig fallenden Preise für die Erdverkabelung mit ein, so wird sich auch unter Kostengesichtspunkten diese Entscheidung rentieren. Es wird nun darum gehen, die Beschlüsse im Herbst in Gesetzesform zu gießen. Die klimapolitischen Entscheidungen – z.B. eine „Abwrackprämie“ für alte Kohlekraftwerke – sehe ich dagegen sehr kritisch. Hier liegen mir Details noch nicht in ausreichender Form vor, so dass ich im Rahmen der Gesetzesberatungen erneut berichten werde.



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Fracking

Mit der CDU/CSU war eine Einigung über die Frackinggesetzgebung vor der Sommerpause nicht möglich. Im Bereich der konventionellen Erdgasförderung sind wir uns in vielen Punkten einig geworden. Allerdings gibt es zwischen der konventionellen- und der unkonventionellen Förderung im Rahmen des Frackings von Schiefergas und Kohleflöz, das man aus den USA und Kanada kennt und das es bislang in Deutschland noch nicht gibt, erhebliche Unterschiede.

Der Koalitionsvertrag sieht für das unkonventionelle Fracking Probebohrungen vor, die über die Gefährdungspotentiale und Chancen der Technologie Erkenntnisse bringen sollen. Für die SPD habe ich in stundenlangen Verhandlungen immer wieder betont, dass die Probebohrungen auf möglichst zwei im gesamten Bundesgebiet begrenzt und die Länder bei der Auswahl beteiligt werden sollten. Zudem sind wir gegen eine vom Kanzleramt in das Gesetz aufgenommene Expertenkommission, die letztlich nach den Probebohrungen über den kommerziellen Einsatz der Technologie entscheiden soll. Die SPD-Bundestagsfraktion ist der festen Überzeugung, dass der Deutsche Bundestag nach Vorliegen der Erkenntnisse in einer breiten Diskussion entscheiden muss. Die Frage über den kommerziellen Einsatz der unkonventionellen Frackingtechnologie darf keiner Expertenkommission überlassen bleiben, da es auch um ethische und energiepolitische Fragen geht und z.B. nicht nur um geologische. Die Verhandlungen werden im Herbst weiter gehen.

6. Atomkraft in Großbritannien

Die Opposition hat gestern einen Antrag gestellt, wonach die Bundesregierung mit der österreichischen Regierung gegen die Subventionierung eines geplanten Atomkraftwerks in England klagen soll. Möglicherweise haben einige über Greenpeace etc. von dieser Aufforderung erfahren, so dass ich kurz mein ablehnendes Stimmenverhalten begründen möchte: Es steht außer Frage, dass der Neubau eines Atomkraftwerks zu kritisieren ist. Auch ist die Billigung durch die EU-Kommission in Frage zu stellen. Dies sind allerdings politische Fragen. Provoziert man nun eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, so riskiert man eine Grundsatzentscheidung, die möglicherweise eine entsprechende Förderung auch in anderen europäischen Staaten legitimiert. Eine Änderung auf politischer Ebene wäre dann deutlich erschwert. Zudem könnte bei einem Obsiegen auch die Förderpraxis von Erneuerbaren Energien problematisiert werden, so dass ich den Schwerpunkt der Auseinandersetzung nicht auf der juristischen, sondern auf der politischen Ebene im Bereich der Energiepolitik der Europäischen Union sehe. Hier haben wir noch eine starke nationale Hoheit, die uns die Energiewende ohne große Zustimmung der Kommission ermöglicht hat, leider aber die aus unserer Sicht unverantwortliche Entscheidung der britischen Regierung ebenso zulässt – wie z.B. auch die Kohlepolitik der polnischen Regierung.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

7. Bleiberecht

Umstritten war in dieser Woche auch ein Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung. Diese Themenfelder sind mit der CDU/CSU nur äußerst schwer verhandelbar. Ich bin froh, dass es uns nun gelungen ist, die Praxis jahrelanger Kettenduldungen zu beenden. Langjährig Geduldete bekommen nun eine Perspektive. Darüber hinaus wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, um besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus dem Ausland aufzunehmen. Junge Asylbewerber und Geduldete erhalten die Sicherheit, nicht während einer Ausbildung abgeschoben zu werden. Auch für die Arbeitgeber ist das ein ganz wichtiger Schritt. Es gibt weitere Verbesserungen für Opfer von Menschenhandel und beim Familiennachzug.

Problematisiert wird vor allem die Neuregelung der Abschiebehaft (z.B. bei erhöhter Fluchtgefahr, falscher Identitätsangabe), die jedoch nach meiner Einschätzung die bestehende rechtliche Situation aufgreift und ausreichenden Spielraum einer Einzelfallbetrachtung lässt. In diesem Zusammenhang möchte ich allerdings darauf hinweisen, dass ich die europäischen Abkommen im Bereich der Flüchtlingspolitik (z.B. Dublin II) für dringend überarbeitungsbedürftig halte. Die europäische Politik ist bislang in der Aufnahmefrage und der Verteilung der Flüchtlinge den Aufgaben und Herausforderungen in keiner Weise gerecht geworden. Auch dieser Umstand zeigt, dass wir dringend eine Perspektivdebatte über den Wert der Europäischen Union brauchen. Aber das ist ein Thema, das viel ausführlicher behandelt werden muss, so dass ich es bei dieser Andeutung belasse.

8. Terminhinweise

Menschenwürdiges Sterben ermöglichen: Zum Umgang mit der Sterbehilfe

- Zu diesem Thema diskutieren die vier SPD-Bundestagsabgeordneten der Region Hannover am **Dienstag, den 14. Juli, 19.30 Uhr, in der Üstra-Remise, Goethestr. 19. (Einlass ab 19 Uhr)**. Als Podiumsteilnehmer konnten **Ralf Meister**, Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover, **Dr. Gerald Neitzke**, Vorsitzender des Klinischen Ethik-Komitees der MHH und Vorstandsmitglied in der Akademie für Ethik in der Medizin e.V., sowie **Hans-Jürgen Rosin**, Präsidiumsmitglied bei der Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben gewonnen werden.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

-
- **Ich lade ein zur Filmvorführung des Schweizer Films „Neuland“**, einer eindringlichen Dokumentation über einen Schweizer Lehrer, der Flüchtlinge bei ihrem Neuanfang unterstützt. Dieser Film wurde mit zahlreichen internationalen Filmpreisen ausgezeichnet. Anschließende Diskussion. Der Eintritt ist frei.
 - o **Lehrte**: Mittwoch, den 29. Juli, 18 Uhr. Das Andere Kino, Sedanplatz 26A
 - o **Ronnenberg-Benthe**: Freitag, den 31. Juli, 19 Uhr, Sportheim, Am Hammfeld
 - o **Seelze**: Montag, den 3. August, 18 Uhr, Restaurant Hafenblick, Am Kanal 4
 - o **Laatzen**: Donnerstag, den 6. August, 18 Uhr, Stadthaus, Am Markt 2

 - Auch in diesem Jahr werde ich auf meiner **Sommerreise** alle Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis bereisen und Bürgersprechstunden anbieten. Termine hierzu finden Sie in Kürze auf meiner Homepage unter www.matthias-miersch.de und in den Ankündigungen in der örtlichen Presse.

So, das waren viele Informationen. Hoffentlich waren sie auch verständlich. Über Reaktionen freue ich mich wie immer. Ich wünsche Ihnen und Euch nun eine schöne Sommerzeit und erholsame Ferien!

Ihr/Euer

Matthias Miersch